

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mt., vierteljährlich 3 Mt.; durch die Post bezogen monatlich 1.50 Mt., vierteljährlich 4.50 Mt. — Zeit- und Veranlagungsanträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Pankmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 33-42, Telefon-Nr. 28 u. 29, Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Bergarbeitermassen, marschiert auf!

Am 19. Januar 1919 habt ihr mit zu entscheiden, ob das neue Deutschland eine demokratisch verwaltete Republik sein soll oder nicht. Wer von den reichsdeutschen Männern und Frauen am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hat, ist nun berufen, in direkter und geheimer Abstimmung sich zu erklären, wie er den neuen Reichsbau gestalten will. Wir stehen also vor einer Volksabstimmung im weitesten und freiesten Umfange. Kein Wahlberechtigter darf darum der Wahlurne fernbleiben. Niemals war einer gesamten Volk vor eine so unabweisbar bedeutungsvolle Entscheidung gestellt wie am 19. Januar 1919!

Deswegen rechtfertigt sich unsere Aufforderung: Bergarbeitermassen, marschiert auf!

Marschiert auf mit euren wahlberechtigten Frauen, Söhnen, Töchtern und Schwestern zu einer gewaltigen Kundgebung für den republikanischen Volksstaat, für sozialistische Wirtschaftsorganisation, für volle Geistesfreiheit! Protestiert gegen die Wiederkehr des niedergeborenen Polizeistaates, gegen die Diktatur von Gewaltpolitikern, mögen sie sich einen Namen geben wie sie wollen. Weder von „rechts“ noch von „links“ darf künftig eine Diktatur aufgerichtet werden. Nach demokratischem Gebrauch soll endgültig die Volksmehrheit über die innere und äußere Politik des neuen Deutschlands bestimmen. Das muß sich am 19. Januar, wie auch bei allen übrigen Wahlen (Landtagen usw.) zu gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften ganz unzweideutig vor der harrenden Welt herausstellen.

Die fremdländischen Kruppen haben im Westen große, für unsere Volkswirtschaft unentbehrliche Teile des deutschen Reiches besetzt. Im Osten bedrohen unsere Lebensinteressen bewaffnete Massen aus Ausland, aus dem neuen tschechoslowakischen und dem polnischen Staate. Sie zielen vornehmlich hin auf die Eroberung unserer schlesischen Bergwerksgebiete. Unsere Bergbauwirtschaft soll gelähmt werden. Auf das besiegte Deutschland hat nun alles los. Verteidigung und rettungslose Verarmung soll sein Schicksal sein. Die deutsche Nationalversammlung aber ist berufen, uns vor fremdländischer Bergverwüstung zu beschützen, über die uns zugegebene Friedensbedingungen zu beschließen. Eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Die Phantasten und Wahmwichtigen, die hofften und Leichtgläubigen versicherten, einem besiegten Deutschland würden die ausländischen Friedensvorläufer und Proletariatsmassen beistehen gegen unerträgliche Demütigung und Belastung. Können sich jetzt davon überzeugen, daß sie sich selbst täuschten und betrogen. Wo sind jetzt die erwarteten ausländischen Helfer? Präsident Wilson selbst, der für einen Rechtsfrieden und verständlichen Willensbündnis eintritt, wird von den siegberauschten, an-neignungs- und gelddürstigen Kriegspolitikern in den Entente-staaten bekämpft; und er hat im eigenen Lande keine Parla-mentsmehrheit hinter sich. In England haben vor kurzem die Parlamentswahlen mit einer Niederlage aller hervorragender Vertreter des Versöhnungs-friedens geendet! In Frankreich beherrscht die Rache- und Annexionslust die öffentliche Meinung; in Belgien und Italien ist es nicht anders. Wir haben also Recht behalten mit unserer Warnung, einem besiegten Deutschland würde es misergabel ergehen, darum müsse die Landesverteidigung unterstützt und dazu auf einen Verständigungsfrieden hingearbeitet werden, bei dem es keinen Sieger und keinen Besiegten gäbe. Die anders dachten und sprachen,

müssen heute einsehen, daß sie die Lehren der Weltgeschichte nicht beachteten, indem sie des suchtbaren Wortes vergaßen: „Wehe dem Besiegten!“

Wir müssen jetzt so schnell wie möglich zum Abschluß des Friedens kommen, damit wir wieder Ansehen an die uns mehr als vierjährig verlustlose Außenwelt erheben, Lebensmittel für unser sonst verhungertes Volk, Rohstoffe und Arbeitsaufträge für die vielen Millionen unserer Industriearbeiter bereinbekommen können. Auf die „Weltrevolution“, von der weltfremde Phantasten und Wahmwichtigen uns nun wunderbare Hilfe versprechen, können wir wirklich nicht warten. Während des närrischen Wartens würden wir verhungern. Und was würde uns dann eine „Weltrevolution“ nützen, wenn sie das wüßte, zerstörende Durcheinander, das jetzt in dem vom blutigen Bürgerkrieg zerfielenden Ausland herrscht, über alle Kulturländer ausbreitet? Aus Anarchie und Diktatur nach russischem Muster kann dem Proletariat überhaupt keine Erlösung aus seinen Nöten kommen.

Die zu wählende Nationalversammlung muß uns den Frieden nach außen bringen. Sie muß die frevelhafte Kontrakt-wirtschaft der niedergeborenen Militär- und Finanzkapitalisten liquidieren, eine fürchterliche Erbschaft. Aber wir müssen zum Frieden kommen, wenn er auch ein Heilbringer für das deutsche Volk ist. Je länger der Friedensschluß hinausgeschoben wird, um so schwerer leiden wir durch die Abkündigung unserer linksrheinischen Landesteile. Höher steigt unsere Not, immer stärker werden unsere östlichen Landesteile gefährdet und das Hungergeschrei bedroht uns mit schauerlichen Tönen.

Wir müssen zum Frieden kommen! Es verdammt die Welt, daß der Weltkrieg kam und nicht eher als bis wir als Völkerbolschei, beendet worden ist, auch darüber soll am 19. Januar das Volksurteil gefällt werden. Und darum rufen wir: Bergarbeitermassen, marschiert auf!

Aus tausend Wunden blutet unser armes Volk. Mit diktatorischer Gewalt ist es vor und während dem Kriege an der unerschütterlichen Grundabgabe seines Willens verhindert worden. „Nach uns die Sintflut!“ dachten die alten Gewalthaber. Sie trieben es solange, bis die Novemberkriege sie hinwegjagten. In dieser Sturmzeit konnte nicht alles nach dem Schicksal gehen. Kein Wunder, daß sich jahrelang aufgeregte Gröbererung mit Donnern und Stachen Luft verhasste. Das nicht zur freien Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten erogene Volk hat aber doch in seiner gewaltigen Mehrheit bewiesen, daß es willens ist, den Aufbau und Ausbau seines Gemeinlebens nach gerechten, demokratischen Grundsätzen vorzunehmen. Freiheit der Persönlichkeit, soweit sie sich mit dem Gesamtwohl vereinbart, kein Gewaltzwang. Keine wie immer geartete Diktatur! Nur an Hand dieser Richtlinien vermag sich ein Kulturvolk zu behaupten.

Das wollen oder können kleine Teile unseres Volkes leider noch nicht verstehen. Von „rechts“ werden Versuche zur Wiederbelebung des unfeligen Obrigkeitstaates unter militärisch-kapitalistischer Herrschaft unternommen. Von „links“ glaubt man durch eine gewalttätige Diktatur einer Minderheit dem kommunistischen Prinzip schleunigst zur Verwirklichung verhelfen zu können und verfällt dabei auf anarchistische Methoden, deren reaktionäre Wirkungen keinem denkenden Arbeiter verborgen bleiben können. Sowohl die Diktatur von „rechts“ wie die von „links“ bedroht die kaum

errungenen demokratischen Freiheiten und beide müssen deshalb bekämpft werden!

Sollen wir uns deshalb nicht durch reaktionäre Exzesse, mögen sie die Wiederherstellung der alten „Ordnung“ oder die Aufrichtung einer anarchisch bolschewistischen Gewalt-diktatur zum Ziele haben, von dem erzieherischen Wege zum demokratischen Volksstaat und zur internationalen sozialistischen Wirtschaftsorganisation abdrängen. Die alten Gewalten haben die Arbeitergewerkschaften vernichten wollen, aber auf der Berliner Reichskonferenz der bolschewistischen Exilaktivisten ist ebenfalls der Kampf zur Vernichtung der Gewerkschaften gepredigt worden!!!

Wer die Arbeitergewerkschaften vernichten oder auch nur ihre notwendige Tätigkeit für die gründliche Reform der Arbeitsbedingungen durch heimliche „Unterbehlung“ und verwirrende Lüge lähmen will, der ist und bleibt ein Arbeiterfeind. Was in mühsamer, opferreicher Arbeit so schwer erkämpft worden ist wie unsere Organisation, das kann nur ein verbissener Arbeiterfeind, ein Wahnsinniger oder Verbrecher vernichten wollen. Auch über die Gewerkschaften muß das Volk am 19. Januar im Urteil sprechen. Deshalb: Bergarbeitermassen, marschiert auf!

Leben, Freiheit, Brot, werkschaffende Arbeit müssen wir haben. Wer Demokratie und Sozialismus nicht sehr gut, daß nicht die wirkliche Freiheit, sondern nur die Organisation der Arbeit die Völker schrecklich macht und erhält. Nur durch die Arbeit hat sich die Menschheit aus den Tiefen der Barbarei erheben können. Zudem ist es ein Verbrecher an der Menschheit und an der Kultur, wenn gewisse Lemmings, deren Herkunft so dunkel ist wie ihr Verbleiben rasch ist, wenn sie ein Unglück anrichten haben, den Volksmassen die ewige Wahrheit verküppeln, daß die Menschheit ohne Arbeit zugrunde gehen wird! Das gilt nun ganz besonders von der deutschen Volksgemeinschaft, die einfach Selbstmord begeht, wenn sie sich nicht zur organisierten Arbeit für die Befreiung von Proletenergie aufrafft. Nur Sicherung des Arbeitsvertrages für den Arbeitenden muß in Reich, Staat und Gemeinde die demokratische Selbstverwaltung festgelegt werden.

Dazu soll die Nationalversammlung die unverrückbaren Grundsteine legen. Jeder Arbeit und noch mehr eure Pflicht ist es, Kameraden, an diesem Aufbau eines Volksstaates als gewissenhafte Parteiliche mitzuarbeiten. Was unsere Großväter und Väter erlitten, wofür wir Lehenden in jahrelangen Kämpfen bluteten, jetzt ist es in unsere Hand gegeben: Das Recht auf demokratische Selbstbestimmung in unserem Vaterlande!

Lacht euch dieses kofkore Wort nicht gewaltig an, sondern durch wirres Geschwätz von falschen Prophezeien entwerfen. Seid gewiß, daß die ganze Welt mit Spannung harret auf das Wahlergebnis vom 19. Januar. Es muß sonnenklar beweisen, daß das deutsche Volk nicht gemißt ist, die alte mit einer neuen Diktatur zu vertauschen, sondern den demokratisch aufgebauten republikanischen Volksstaat will. Das Volksurteil muß gewaltigen Eindruck machen.

Bergarbeitermassen, marschiert auf!

Warum streifen die Bergleute?

Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bergarbeiter hat sich bisher an den wilden Streiks beteiligt oder dazu aufgefordert. Und selbst von diesem Teil haben sich die meisten lediglich gefügt, weil sie nicht unsozialistisch handeln wollten, oder sich dem geübten Zwang nicht entziehen konnten. Mindestens 95 Prozent der Bergarbeiter sind vertragstreue, d. h. sie fühlen sich an die Vereinbarungen zwischen den Bergarbeiter- und Werksbesitzerorganisationen gebunden. Trotzdem fragen alle Schichten der Bevölkerung, welche durch den Kohlenmangel in Mitleidenschaft gezogen sind, ganz allgemein: Warum streifen die Bergarbeiter? Alle Bergarbeiter werden danach für die wilden Streiks und ihre Folgen verantwortlich gemacht. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß selbst die „Deutsche Bergwerks Zeitung“ vom 1. Januar 1919 schreibt:

„Der größte Teil der Bergarbeiter bewirkt die augenblickliche Streikbewegung und würde gern die Arbeit aufnehmen; die Besetzung aber, durch die Anhänger des Spartakusbundes mit Gewalt von der Arbeit abgehalten und wemöglichst in der persönlichen Sicherheit gefährdet zu werden, hält einen großen Teil der ordnungsliebenden und vernünftigen Bergarbeiter von der Einsicht ab.“

Alle gewerkschaftlich und politisch geschulten Bergarbeiter erwidern in den jetzigen wilden Streiks Selbstmord und Wahnsinn. Wie kommt es, daß trotzdem die Spartakisten einen solchen unheilvollen Einfluß ausüben können? Auf diese Frage geht die „Bergwerks-Zg.“ nicht ein und doch läßt sie sich mit dem einen Satz beantworten: „Weil die Werksbesitzer bis zur Revolution die gewerkschaftliche und politische Schulung mit allen Mitteln erschwert und unterbunden und die Bergarbeiter nicht als gleichberechtigte Vertragskontrahenten, sondern als Untergebene behandelt haben!“ Darauf war alles eingestrichelt. Soweit es ihnen möglich war, streifen die Werksbesitzer nur ihre Macht als Recht geltend. Das alles rächt sich jetzt. Durch die getroffenen Vereinbarungen kann natürlich nicht über Nacht gut gemacht werden, was in Jahrzehnten verdarben wurde. Das Schlimme, das auf die einseitige Macht der Werksbesitzer eingestellt war, läßt sich nicht reibungslos umstellen. Ein Gefühl der Erbitterung über alles,

was sie bisher ertragen haben, zittert bei allen Bergarbeitern ohne Ausnahme nach. So kommt eins zum andern. Es kann daher nicht überraschen, wenn sich die gewerkschaftlich und politisch ungeschulten Bergarbeiter jetzt so leicht zu wilden Streiks hinreißen lassen. Die Werksbesitzer ernten, was sie gesät haben.

Ueber die Beschwerden der Bergarbeiter schreibt auch unser Kamerad Otto S. u. a. treffend:

Die Organisationen der Bergarbeiter haben erst seit Oktober 1918 den Verhandlungsweg beschritten können und Vereinbarungen über Schichtzeit, Löhne, Arbeiterrechte usw. abgeschlossen. Die Werksbesitzer erwarten von den Arbeiterorganisationen mit Recht, daß sie sich für die Vereinbarungen einsetzen. Soll das aber mit allgemeinem, dauerndem Erfolg geschehen, dann müssen alle organisationsfähigen Belegschaftsmitglieder sich den Organisationen anschließen, die jene Vereinbarungen erreicht haben. Ob das geschehen ist, das kann nur durch Nachfrage und Kontrolle der Mitgliedsbücher von Zeit zu Zeit festgestellt werden; sonst wird es sich ereignen, daß alsbald recht viele „Rumpel“ wahrheitswidrig behaupten, „organisiert“ zu sein. Wir haben dann mit der Zeit wieder eine bedeutende Zahl von Unorganisierten, die sich an die gewerkschaftlichen Vereinbarungen gar nicht halten. Damit wären diese praktisch hinfällig geworden.

Nun aber vertreten immer noch eine große Anzahl Werksleiter den Vertreter der Bergarbeiterverbände die Kontrolle der Organisationszugehörigkeit der Belegschaftsmitglieder. Dadurch werden die Unorganisierten in ihrem unkameradschaftlichen Verhalten nur gehärtet, die Organisierten werden getetzt und die Durchführung der gewerkschaftlichen Vereinbarungen ist in Frage gestellt. Dies Verhalten bestärkt unsere Kameraden in ihrer Meinung, die betreffenden Werksleiter seien immer noch gewerkschaftsfeindlich und warteten nur auf die erste Gelegenheit, die es ermöglicht, das frühere Willkürregiment wieder herzustellen! Darum muß auch gefordert werden, daß die Werksleiter der gewerkschaftlichen Kontrolle, die natürlich keine Parteiförderung erzeugen darf nichts mehr in den Weg legen. Entweder man ist ein ehrlicher Freund der gewerkschaftlichen Vereinbarungen, dann wird man gegen die Mitgliederkontrolle nichts einwenden; oder aber man ist ein Feind der Gewerkschaften und

dann müssen diese Werksleiter die Verantwortung für die Folgen ihrer Einseitigkeit übernehmen.

Bei den Arbeitergruppen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten gewerkschaftliche Verträge mit den Unternehmern haben (Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, Holzindustrie usw.) ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeitstelleten sich ständig davon überzeugen, ob auch die Mitarbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. So, in diesen Branchen legen die Unternehmer selbst großen Wert darauf, nur organisierte, tarifvertragstreue Arbeiter zu haben. Das muß nun auch im Bergbau Gebrauch werden, wenn beiderseits die Organisationsabmachungen ehrlich gemeint sind! Die Werksverwaltungen müssen jetzt einsehen, daß es nur im Interesse eines ruhigen Zusammenarbeitens liegt, wenn die Gewerkschaften alle organisationsfähigen Belegschaftsmitglieder umfassen, um sie zum vollen Verständnis der Organisationsvereinbarungen erziehen zu können. Auf einer großen Anzahl Schachtanlagen ist den gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen die Kontrolle der Mitgliedsbücher oder -Karten eingeräumt. Sie geht ohne Betriebsstörungen vor sich und es liegt wirklich kein triftiger Grund vor, diese Kontrolltätigkeit den anderen Belegschaften zu verweigern. Wer sie verweigert, erklärt sich damit als Feind der gewerkschaftlichen Abmachungen!

Bedenkensvoller noch ist die Forderung der Arbeiter, die Organisationsabmachungen über die Lohnverhältnisse würden nicht gehalten. Es ist mir natürlich unmöglich, die Lohnverhältnisse der hunderttausende Bergarbeiter im einzelnen nachzuprüfen. Ich gebe auch zu, daß manche von den außerordentlich zahlreichen Lohnbeschwerden, die in Konferenzen und Versammlungen vorgebracht wurden, einer genaueren Nachprüfung nicht standhalten. Ich habe aber aus den Darlegungen langorganisierter Kameraden die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß eine regelmäßige Kontrolle der Lohnzahlung id namentlich der Bedingefälle auf den einzelnen Stellen unbedingt nötig ist! Durchaus vertrauenswürdig Kameraden, denen der ungestörte Fortgang unserer produktiven Kohlenförderung sehr am Herzen liegt, versichern, daß es zwar nach außen hin heiße, der Lohn solle um so und so viel erhöht werden, aber die Werksleitungen hätten es in sehr vielen Fällen unterlassen, das Bedingne zu erhöhen, infolgedessen könnten die angelegten Lohnaufbesserungen nicht erzielt werden! Wie die

vielen Kriegsgefangenen im November abgingen, habe schon deswegen das Gedinge erhöht werden müssen, weil die Abgegangenen nicht den vollen Bedingelohn der übrigen Arbeiter erhielten. Dann sind die Kameradschaften mit voll zu bezahlenden Arbeitern ergänzt worden und jetzt reichen die alten Bedinge erst recht nicht mehr aus. Auf diese Gedingeerhöhungen warten viele Kameradschaften immer noch, es ist ihnen faktisch unmöglich gewesen, zumal bei den geschwächten Körperverhältnissen, auf das bestehende Gedinge auch nur den früheren Durchschnittslohn zu erzielen, geschweige denn das die vereinbarten Lohnerhöhungen herauskommen könnten! Infolgedessen sagen die Arbeiter erbittert: „Was helfen uns die Vereinbarungen mit dem Bechensverband, wenn wir keine entsprechende Gedingeerhöhung erhalten?“ Diese Erklärung ist berechtigt. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände haben bei den Verhandlungen mit dem Bechensverband auch nachdrücklich die Aufhebung der Gedinge als Voraussetzung für die praktische Erfüllung der Lohnvereinbarung verlangt. Die Werkverbände haben diese notwendige Gedingeerhöhung abgelehnt. Wenn sie nicht erfolgt, dann können die Kameradschaften die vereinbarten Lohnzuschläge einfach nicht erreichen, ja es werden naturgemäß in zahllosen Fällen wegen der bekannten Betriebsverschlechterungen nicht einmal die vorherigen Löhne erreicht. Dadurch wird natürlich das von den Organisationen vereinbarte Lohnabkommen praktisch wertlos für die betroffenen Arbeiter. Es ist durchaus verständlich, daß dadurch keine Vermittlung, sondern stärkere Beunruhigung in den Belegschaften Platz greift. Aus diesen Vorgängen erklärt sich auch ohne weiteres das oppositionelle Verhalten von Belegschaftsversammlungen gegen Vertreter der Vertragsorganisationen, die zur Anerkennung der Organisationsvereinbarungen mahnen. Wo das Gedinge nicht erzielt ist, daß bei ordentlicher Arbeit die vereinbarten Lohnverbesserungen herauskommen können, da haben die Belegschaften den Organisationsvertrag nicht gehalten und tritt sie die Schuld für die Beunruhigung der Arbeiter!

Es geht gar nicht anders, wenn wir die Vergleiche mit dem Bauernstand, daß ihre gerechten Erwartungen auf die Organisationsvereinbarungen erfüllt werden, beiseite lassen wollen, dann muß den Belegschaftsvereinigungen das Recht gegeben werden, die Gedingeerhöhung auf Wunsch der betr. Kameradschaften und auch die Lohnsätze zu kontrollieren! Ich weiß, daß dieses billige Verlangen von den meisten Betriebsverwaltungen immer noch als ein Eingriff in ihre „Souveränität“ empfunden wird. Aber wir kommen um diese, von den Organisationen schon seit vielen Jahren geforderte ständige Kontrolle des bergmännischen Lohnwesens nicht herum. Sie ist heute, wo die Arbeiterorganisationen mit den Unternehmerverbänden die wichtigsten Arbeiterverhältnisse vertraglich regeln, die selbstverständliche Ergänzung des allgemeinen Organisationsvertrages. Es genügt nicht, die Vertragsbedingungen zu protokollieren, sondern ihre Durchführung muß auch von den Belegschaftsvereinigungen ständig kontrolliert werden. Sonst kommen wir aus dem unierer Volkswirtschaft so schädlichen Ausbrüchen der Arbeitereritterung gar nicht heraus. Wenn die Betriebsverwaltungen diese mit dem Zweck des Organisationsvertrages übereinstimmende Kontrollrolle weiter verweigern sollten, dann muß unser Reichsarbeitsamt schleunigst eine Verordnung mit Gebotskraft herausgeben, die den Belegschaftsvereinigungen das Kontrollrecht gibt! Ich werde in diesem Sinne dem Reichsarbeitsamt Bericht erstatten, das übrigens durch genaue Kenntnisnahme der Vorgänge im Hamborn-Oberhaufener Revier schon erfahren hat, wie notwendig eine Reform des bergmännischen Lohnwesens im Interesse des Gemeinwohls ist.

Die Organisationsvertreter sind seit Jahren entschieden eingetreten für die Erhöhung der sich weit unter dem Durchschnitt haltenden Bedinge und Schichtlöhne, um so die anreizende große Lohnungleichheit zu beseitigen und den Durchschnittslohn zu erhöhen. Das zu tun, daran hindert auch der allgemeine Organisationsvertrag keine Werkverwaltung, wenn auch man sich stellen, als ob sie durch den Organisationsvertrag „gebunden“ seien. Eine solche „Bindung“ liegt gar nicht vor. Es ist den einzelnen Werkverwaltungen durchaus erlaubt, mit ihren Belegschaftsvertretern eine interne Regelung der besonderen Lohnfragen vorzunehmen, nur darf diese Regelung keine Verschlechterung des Organisationsvertrages bringen. Wenn gewisse Werkvertreter gegenüber ihren Belegschaftsmitgliedern sogar Verdächtigungen der Verbandsleiter ausgesprochen haben, wie

und versichert wurde, so untergaben diese Herren in freibehaltlicher Weise das Vertrauen der Arbeiter zur Organisation und dürfen sich über Folgen selbst zuschreiben. Man würde jetzt allseitig die Verhältnisse der Bergleute ohne Abneigung gegen die Organisation, man gewöhne sich daran, den alten, unheilvollen Herrschaftspunkt als absohit überlebt zu betrachten, dann wird das Gemeinwohl von der Bergarbeiterchaft nicht zu fürchten haben.

Sozialer Sieg der deutschen Gewerkschaften.

Ueber das große Vertragswerk zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden Deutschlands veröffentlicht der Redakteur des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission, Paul Umbreit, in der sozialdemokratischen Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 24. Dezember 1918 folgenden beachtenswerten Artikel:

Im wilden Sturbe der kriegerischen und revolutionären Ereignisse ist ein Vorgang in Deutschland wenig beachtet worden, der zu anderen Zeiten als eine Jettentwende gefeiert worden wäre. Es handelt sich um das große Vertragswerk zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Verbänden der Arbeiter und Angestellten, das in der Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft für die Durchführung der Lebensbedingungen und für die partielle Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Fragen gipfelt, errichtet auf dem Unterbau einer Verständigung über die Regelung der Arbeitsbedingungen, die selbst weitgehenden gewerkschaftlichen Wünschen gerecht wird. Schon die Namen der Garantien dieses Vertrages sind geeignet, Interesse zu erwecken. Wir finden da die Zentrale des deutschen Unternehmerbundes, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, den Bechensverband des Ruhrreviers, den Arbeitgeberverband der Zementindustrie und zahlreiche, als Gewerkschaften bekannte Unternehmerorganisationen, die sich bisher hartnäckig der Anerkennung der Gewerkschaften und des Bestehens der Parität im Arbeitsvertrag widersetzt hatten. Auf der Arbeiterschaft ist die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die obere Trägerin; ihr folgen die Zentralen der christlichen, sozialdemokratischen und politischen Gewerkschaften sowie drei Arbeitsgemeinschaften von Angestelltenverbänden. Es ist also an diesem Vertragswerk alles beteiligt, was Anspruch auf die Vertretung von Arbeitnehmern erheben darf. Eine Arbeitsgemeinschaft dieser Art, die sich bisher grundsätzlich gegenüberstand und in erster Linie die Bekämpfung hat, ist nicht nur ein ganz ungewöhnlicher Vorgang sondern sie repräsentiert auch eine wirtschaftliche Macht, die bisher ihres gleichen nicht fand. Sie bedarf daher für alle, die dieser Entwicklung der Dinge fernstehen, einer eingehenderen Darlegung.

Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit war in Deutschland vor dem Kriege zu besonderer Enge gekehrt. Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen standen einander bis an die Zähne bewaffnet gegenüber: auf Arbeiterschaft Seite Streikbewegungen und gezielte Schutzbewegungen. Die Gewerkschaften hatten zwar für 150.000 Betriebe und 1 1/2 Millionen Arbeiter Tarifverträge durchgesetzt, in denen die Arbeitsbedingungen partiell vereinbart, für 20 Prozent der Gesamtbevölkerung und für mehr als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung als obere Grenze der Arbeitszeit sowie ein Mindestlohn anerkannt war, aber die Großindustrie war Tarifgegner und hielt an dem Herrschaft des Unternehmers in seinem Betrieb fest. Sie bekräftigt den Gewerkschaften jede Anerkennung und militierte gegen sie bei Gesetzgebung, Behörden und Gerichte. Welchen Erfolg sie damit erzielte, ist bekannt. Vor dem Kriegsausbruch fanden wir im Maße der Sturzgesellen einer Einkommenskurve, die hier zur Revolution geführt hätte, wenn dieser inneren Kämpfen nicht der Krieg den Boden entzogen hätte.

Während des Krieges wurde nun die Generalkommission zunächst eine soziale Arbeitsgemeinschaft aller Arbeitnehmenden herbeigeführt. Der Grund dazu wurde bei der Vorbereitung der gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachtrages im Januar 1915 durch Zusammenfassung der vier Gewerkschaftsgruppen gelegt. Bei der Kriegsauslösung im Juli 1916 wurden auch verschiedene Angestelltenverbände hinzugezogen. Bei der Schaffung und Durchführung des Stillschließungsvertrages gelang es, diese Gruppen dauernd zu sozialer Gemeinschaftsarbeit zusammenzuführen. Die Schaffung dieses Arbeitsnachtrages ist als eine Vorstufe zu dem Vertragswerk zu betrachten, das nur gelingen konnte, wenn der Zerfall der Arbeiterschaft ein Ende bereitet wird. Die gemeinsame Tätigkeit von Arbeitgebern, Arbeitern und Angestellten in den Organen des Stillschließungsvertrages war hier ausgerechnet, diese Kreise mit einander in enger Fühlung zu bringen und manche Abneigung gegen solche Gemeinschaften zu überwinden zu helfen.

Das kam im Anschluß an den Sturz der alten Unternehmerricht von der anderen Seite, der Staatsgewalt: das Eingreifen der Staatsgewalt in die Arbeitsverhältnisse war nichts weniger als ideal. Weder die militärische noch die zivile Zensur trafen auf die Produktionsinteressen besonderer Rücksicht, sondern beide regierten ebenso anmaßend als blind in das Wirtschaftliche hinein und gerade die Verwickelungen im

Erfolge des Stillschließungsvertrages hatten bei dem Unternehmertum die Opposition auf den Gehäusungen und eine staatsfeindliche Stimmung erzeugt, die der Erhaltung der Arbeiterschaft gegen den Krieg wenig nutzgab. Aber der Friede ließ nun immer sein Ende dieser Gewerkschaftsarbeit erwarten, denn bereits ruhte sie die Bureaukratie, die Übergangswirtschaft in derselben Weise zu regieren. Das war selbst den industriellen Gewerkschaften zu viel und ihre Vertreter erklärten in den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt ganz unüberhöhl: „Nieder geben wir das Ganze den Gewerkschaften allein in die Hände, denn die verstehen wenigstens etwas von den Bedürfnissen der Industrie.“

In dieser Situation wurden im September 1918 die ersten unbedingten Besprechungen zwischen den beiden Parteien ausgetauscht. Als Ende September die Inflation bei unseren Bundesgenossen eintrat und die Wehrfront zurückginge, drängten die Verhältnisse zur Beschleunigung der Verhandlungen. Das Ziel einer großen Arbeitsgemeinschaft trat jetzt schon deutlicher hervor. Sie sollte auf die Übergangswirtschaft beschränkt bleiben und diese auf die Basis einer breiten industriellen Selbstverwaltung stellen, unter Ausschaltung aller bureaukratischen Eingriffe. Die Gewerkschaften ließen keinen Zweifel darüber, daß auch die Übergangswirtschaft ohne staatslichen Zwang nicht durchgeführt werden könne und daß sich Industrie und Gewerbe weitgehenden Beschränkungen fügen müßten. Dazu war man auf jeder Seite auch gern bereit, sofern diese Maßnahmen nur mit aller Sachkenntnis des wirtschaftlichen Lebens durchgeführt würden.

Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften erforderte aber als Voraussetzung geordnete Arbeitsverhältnisse. Die Gewerkschaften verlangten deshalb die Anerkennung der Koalitionsfreiheit und der Gewerkschaften als der berechtigten Interessenvertretung der Arbeiter in allen Betrieben, die Verabschiedung der gelben Verträge, die partielle Regelung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge, die Einziehung partieller Sozialtarifkommissionen und die Einziehung partieller Arbeitsnachweise. Jede dieser Forderungen hätte zu anderen Zeiten hartnäckige Kämpfe hervorgerufen. Jetzt aber wurden sie, wenn auch mit einigen Einschränkungen, bewilligt; nur gegen die Verabschiedung der gelben Verträge hatten die Herren die schwersten Bedenken. Die revolutionären Ereignisse aber drängten diese jedoch bald in den Hintergrund. Für die Gewerkschaften konnte die Revolution aber nur ein zwingender Anlaß sein, ihr ganzes Programm auszurollen, um auch die ungenutzten Forderungen der Arbeiterschaft durchzuführen. So wurde die Verabschiedung zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages und zur Abschaffung sämtlicher Sozialtarifkommissionen und die Einziehung der Arbeitsnachweise im vor dem Kriege imgehobenen Maße aufgenommen und ohne Zögern zugefanden. Ein Zentralausschuß wurde zur Regelung aller Streitfragen eingesetzt. Am 15. November 1918 wurde diese Vereinbarung unterzeichnet, nachdem sie vorher die Zustimmung der Vorstandsversammlungen der Gewerkschaften gefunden hatte.

Diese Vereinbarung ist aber nur die Basis für die eigentliche Arbeitsgemeinschaft, deren Aufbau auf Fachgruppen und Untergruppen mit Gruppenverbänden und Ausschüssen und Untergruppenverbänden und Ausschüssen geplant ist. Die einzelnen Subskriptionen sollen aus Fachgruppen je eine Arbeitsgemeinschaft bilden, während die Untergruppen besondere Arbeitsgemeinschaften auf sonderfachlicher, beruflicher und örtlicher Grundlage sein sollen. Alle Organe sollen partiell sein. Als Krönung des Ganzen ist der Zentralausschuß, ein Industrie- und Gewerkschaftenparlament aus Arbeitgeber- und Arbeitervertretern aller Gewerkschaften von 100 bis 150 Personen vorgesehen, das alle Angelegenheiten regelt, die für die Industrie und Gewerbe von Bedeutung sind oder die über den Bereich einzelner Gewerkschaften hinausgehen. Der Zentralausschuß wählt als Vollorgan den Zentralvorstand, der zugleich die Arbeitsgemeinschaft nach außen vertritt.

Unbedenklich man das ganze Werk, das jetzt zum Abschluß gekommen ist, so leicht als ein Sieg der Gewerkschaften dar, der an Bedeutung herabsetzt der großen Durchbruchschichten der Weltgeschichte. Ein Jahrzehntelanger Ringen der gesamten deutschen Arbeiterschaft hat in einem Waffenstillstandsvertrag, der die Gewerkschaften als völlig gleichberechtigte und vertragsgleichende Faktoren des Wirtschaftslebens anerkennt, seinen Abschluß gefunden, und eine Jahrzehnte lange Forderung, die des Achtstundentages, ist auf der ganzen Linie zur Anerkennung gebracht. Was die junge Revolution bekräftigt, wird jetzt im Einberückstand der Wirtschaftskrisen des ganzen Volkes zur Durchführung gebracht. Das ist in der Tat ein Erfolg, auf den die deutschen Gewerkschaften mit Recht stolz sein können.

Vollständigste Rundschau.

Steuerpläne der Reichsregierung.

Der Weltkrieg hat dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferlegt. Sie können nur getragen werden, wenn sie gerecht verteilt werden. Deshalb sind Vermögen und Einkommen in jeder Form erheblich stärker als bisher heranzuziehen. Ein durchgreifender Ausbau der direkten Steuer wird die Grundlage des neuen Steuerwesens bilden und ungefümt in Angriff genommen werden. Zu diesem Zweck hat der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatz-amtes, Schiffer, folgende Beschlüsse:

1. Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in der Form: 1) einer außerordentlichen Kriegsgabe für das

Frieden!

Die Weihnachtsfeier haben wir unter Kanonendonner gefeiert. Diesmal zum erstenmal seit dem Frieden über das weite Land. In allem Leid ist es uns ein Trost, daß unser Sohn und Bruder an diesem Tage nicht mehr im Schlam der Seekügelgraben stecken, nicht mehr den blutigen Tod vor Augen sehen. Die Familie ist wieder hergestellt und der Vater zu den Seinen hingelehrt.

Wir gedenken in tiefer Trauer derer, die nicht wiedergekommen sind, in Sehnsucht der Gefangenen und Verwundeten, die an den langen Fronten dieses Jahres noch nicht teilnehmen konnten, in der Hoffnung, sie im nächsten Jahr unter hellem Schein der Weihnachtskerzen wiederzusehen.

Der Frieden kommt nicht so, wie wir deutschen Sozialdemokraten ihn erhofft und erstrebt haben. Nicht als Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, nicht als Frieden herbeigeführt durch die Völkerverständigung des internationalen Sozialismus.

Die Waffengewalt unseres uns zehnfach überlegenen Gegners, der verheerische Hochmut, die verhängnisvolle Blindheit des deutschen Militarismus, hat ihn als einen Frieden der Niederlage für uns herbeigeführt.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben die Erhaltung des Friedens gewünscht, bevor dieses entscheidende Werden begann. Wir haben den Frieden wieder gewünscht, vom ersten Tag des Krieges an, und haben für seine Wiederherstellung gekämpft. Aber so, wie er gekommen ist, haben wir ihn nicht gewünscht. Darum, und nicht um den stilleren Nachhaken zu dienen, die wir hier haben und bekämpfen, und die wir führen, sobald die Zeit dazu reif war, sind wir für die Verteidigung unseres Landes eingetreten.

Jeder hat Wünsche gehabt, daß ein vollkommener, zerschmetternder Sieg des deutschen Militarismus unmöglich, die Abwehr eines überwältigenden Sieges der Gegner das höchste Ziel des Krieges war. Nach einem solchen Erfolg unserer Abwehr war die Abrechnung mit unseren Nachbarn noch immer möglich, der Sieg der Sozialdemokratie gewiß. Auch unsere Nachbarn erkannten, daß nur der vollständige Triumph im Kriege die vor dem Sturze retten konnte, und in diesem Sinne führten sie den Krieg nicht bloß gegen die Gegner, sondern auch gegen uns. Für maßgebendes Labanum-Spiel hat das Volk in den Abgrund geführt. Wir haben vor einem Trümmer- und Leichenfeld, wie es die Erde noch nicht gesehen.

Aber das Wenden ist vorbei. Wer will, daß es wieder beginnt? Wer könnte die Verantwortung dafür tragen, daß Deutsche gegen Deutsche, Arbeiter gegen Arbeiter kämpften. Das darf nicht sein!

Wir wollen unsere inneren Meinungskämpfe friedlich führen, indem wir den Mehrheitswillen unseres Volkes als die letzte entscheidende Macht anerkennen, die den Streit schlichtet, die Waffen schneidet. Dann aber werden wir zu jenen gehen, die gegen unsere Gründe waren, und einen Frieden verlangen, der aller Völkereindschaft für immer ein Ende macht, einen Frieden, der allen Völkern ihr Recht läßt, auch unserem Volk, dem geschlagenen! Mögen wir das nächste Weihnachtsfest im Zeichen des Völkerverbandes und des internationalen Sozialismus feiern können. Für dieses gelte aber das Wort: Frieden den Völkern und unter den Arbeitern kein Bürgerkrieg!

Otto Landsberg

Freiheit!

Wir Deutsche sind heute nach innen das freieste Volk der Welt. Am 19. Januar werden alle erwachsenen Männer und Frauen an die Urne treten, um die Verfassung zu wählen, die unserer jungen Republik ihre Verfassung geben soll. Diese Verfassung kann nicht anders werden als freiheitlich von Grund auf.

Jedermann hat das Recht, in der Presse, in Versammlungen, auf Plätzen unter freiem Himmel seine Meinung vorzutragen; dem friedlichen Kampf um die politische Macht sind keine Grenzen gesetzt. Es gibt keine Könige, keine Fürsten, keine Herren, jeder hat den Marschallstab im Tornier. Jemandem am Schraufkod, an der Drehbank steht ein junger Mann, der in zehn, zwanzig Jahren Präsident des deutschen Reiches sein wird. Wer ist es? Vielleicht ein junger Spartakusmann, der in zehn Jahren das Recht der Demokratie verstehen und die Gemeinwesen und Schwierigkeiten kennen lernen wird, die einem das Amt eines Regierenden auferlegt!

Die staatsbürgerliche Freiheit nach innen ist der Kern aller Freiheit. Sie muß uns auch die Freiheit nach außen verschaffen, das Recht, als gleichberechtigtes Volk neben den anderen zu leben, deren Frieden ein ewigwährender republikanischer Friedensbund nicht stören wird. Das monarchische, militärische Deutschland konnte fremdem Joch unterworfen werden — ein es innen freies Deutschland kann es niemals.

Freiheit ist höchste Entfaltung der Persönlichkeit. Neben dem Obrigkeitssinn, der auf ewig verfallen ist, dem fremdnationalen Herrschafts-treuen, das ist im Grunde eines gerechten Friedens bekämpfen, ist der bittere Feind der Sozialdemokratie. Wir wollen wieder von unabhängigen Männern, noch von fremden Eroberern, noch auch von internationalen Finanzmagnaten und Finanzherren regiert werden.

Die ungeheure Wichtigkeit des deutschen Volkes besteht aus Menschen, die von ihrer geistigen und körperlichen Arbeit leben. Mögen sich diese am 19. Januar aus ihrer Mitte ihre Vertreter wählen! Mögen sie Männer und Frauen in die Nationalversammlung senden, die von der Überzeugung durchdringt sind, daß Demokratie erst wahrhaftig lebendig wird durch Sozialismus!

Freiheit hat in einer Zeit nationalen Niedergangs, die nicht weniger traurig war als die unsrige, dem deutschen Volk den hohen Ruf zugeprochen, ein wahres Reich der Freiheit und des Rechts aufzurichten, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschennatur trägt. Zu ihm können wir nicht gelangen auf dem Weg irgendeiner Diktatur. Auf dem Wege des Selbstbestimmungsrechts bei der Wahl der Nationalversammlung muß unser Volk beweisen, daß es für höhere Formen des Wirtschaftslebens reif ist, sonst ist es zu ihnen nicht reif!

Frei können wir aber nur sein, wenn wir alle, an welcher Stelle auch wir stehen, das Bewußtsein unserer tiefen Verantwortung für das Ganze in uns tragen. Freiheit von Verantwortung ist die Freiheit des Rechts, der Knecht gehorcht. Freiheit ist Pflicht, ist die Freiheit der Herren, der andere für sich schaffen heißt. Doch nicht dazu haben wir gehorcht, um die Rollen der Unterdrückten zu bewahren oder die der Unterdrückten anzunehmen, sondern um wahrhaft freie Menschen zu sein, die mutig ihre Verantwortung tragen und aus Ueberzeugung ihre Pflicht tun.

Freiheit kann uns nur kommen aus dem tiefen Verständnis der Revolution, in der wir uns befinden, und der erste sichtbare Ausbruch dieses Verständnisses muß der Sieg der Sozialdemokratie am 19. Januar sein.

Otto Landsberg

Brot!

Wir haben die Äpfel aus der Erde gerissen und sie zu Bajonetten umgewandelt. Wir haben aus Schlamm Sprengstoff gemacht und damit unser Brot in die Luft gesetzt. Wir haben Zucker chemisch vermanbelt, in große Kanonen geladen, um 42-Zentimeter-Granaten abzuschleichen.

Drei Millionen Männer, die kräftigsten, arbeitsfähigsten, traten in einen mehr als vierjährigen Generalkrieg und vergebend vierzig Millionen Arbeitstage. Und nicht nur das! Sie zerstörten, was in Millionen von Arbeitstagen geschaffen worden war. Und nicht nur das! Sie zerstörten die Arbeitskraft, aus der uns alle Güter der Erde zuwachsen. Statt Leben zu zeugen, vernichteten sie es. Sie zerstörten mit Sandgranaten Gehirn, die Pläne zur Erhöhung des menschlichen Wohlstandes erdrossen, sie schlugen Füße ab, die hinter dem Pflug gingen, und Hände, die ihn halten sollten.

Bedenkt man dieses Uebermaß von Verschwendung und Vernichtung, so begreift man kaum, daß uns Ueberlebenden doch noch so viel geblieben sein kann, um noch unser nacktes Leben zu fristen.

Die alldeutschen Kriegsheer sagten: „Wartet nur, wenn wir erst gestiegen haben, dann wird in unserem Lande Milch und Honig fließen. Der Sieger ist zuerst.“ Das war die Philosophie des Raubtiers, das kötet, um zu fressen. Wer ihm widersprach, dem setzte es knurrend die Zähne. Verständigungsfrieden, „Schiedemannsfrieden“ war ihm „Hungersfrieden“. Schlangen wollte es, geschneidet, vernichtet, und dann Brot holen aus der Ukraine, Kupfer aus Amerika, Baumwolle aus Ägypten, Petroleum aus Baku, Geld aus allen Kassen der Welt.

Wir haben nicht geglaubt, wir sind geschlagen worden, und der Verständigungsfrieden, den die Herren den „Hungersfrieden“ nannten, verdammt wie ein jenes Ideal. Der Sieg, Raub- und Greifrieden winkt den anderen, wenn sie nach alldeutscher Manier verfahren wollen. Uns aber droht der wahre Hungersfrieden in seiner furchtbaren Gestalt. Was kann uns retten? Nichts kann uns retten, wenn uns nicht die Arbeit rettet! Wenn das deutsche Volk nicht wahre Selbstbestätigen der Arbeit vollbringt, wenn nicht die Organisation arbeitsschaffender Menschen auf höchste befähigt, die Produktivität durch neue Erfindungen der Wissenschaft und Technik zum außerordentlichen gesteigert wird, dann sind wir nicht zu retten.

Jahre harter Mühe, rastloser Anstrengung liegen vor uns, bis wir auskommen jagen können: Es ist so weit!

So aber lassen wir Sozialdemokraten den Sozialismus auf. Neben wollen wir darüber täuschen. Sozialismus das ist von wissenschaftlichen Grundfragen geleiteter Selbstorganisation der geistigen und körperlichen Arbeit unter notwendiger Schutz der einzelnen Arbeitskraft zum Wohle der Gesamtheit. Diesen Sozialismus brauchen wir jetzt, nicht um ein Stimmrecht auf Erden zu schaffen, sondern bloß um nicht in Not und Elend auszuwandern und auszuharren. Dieser Sozialismus zum Sieg zu verhelfen ist jetzt die Aufgabe eines jeden, der noch Kraft zur Hingabe und Begeisterung für die großen rettenden Ziele seines Volkes besitzt; mag er bisher als geistig oder körperlich Schaffender an welcher Stelle des Produktionsprozesses immer gefunden haben.

Nicht predigen wir das den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann! So haben wir gehungen. Nur denen, deren verstoffter Eigennutz selbst heute noch nicht greift, welche Opfer die Not des Volkes von jedem fordert, gilt unser Ruf und unser Kampf.

Allen anderen rufen wir zu: Helft uns nach dem Zusammenbruch der alten Welt, nach unserer Niederlage den höchsten Sieg erringen, den je ein Volk errungen hat. Zeigt, daß wir nicht untergehen trotz allem und alledem! Schafft Brot!

Philipp Scheidemann

Rechnungsjahr 1919, durch welche die durch Gesetz vom 26. Juli 1918 eingeführte Abgabe von Mehreinkommen und vom Vermögen der einzelnen Personen auf ein weiteres Jahr sich erstreckt und die Erhebung der Abgabe von Mehreinkommen der Gesellschaften für das nächste Kriegsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verfügung vom 15. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegsertragsabgabe in Höhe von 50 v. H. des Mehreinkommens gegenüber bisher 60 v. H. vorgeschrieben worden ist.

2. Von den nach Einziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in harter Progression ansteigt, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, Familie, Stand, Alter und Erwerbsfähigkeit des Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum mindesten in der Höhe ihrer Erhebung den verschiedenen Stellungen der Vermögensabgabe Rechnung tragen soll.

Die Veranlagung muß auf einen bestimmten Stichtag abgestellt werden. Um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Inflationen auszugleichen, insbesondere auch das sich noch nachträglich bildende Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Besitzsteuer erfolgen.

3. Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem eine Reichseinkommensteuer mit weitergeführter Progression mindestens für diese Einkommensteuereinführung eingeführt wird.

4. Die einzelnen Einkommensquellen sollen in erweiterten Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragssteuer soll die Erträge des Kapitals (Sparen, Dividenden, Hypotheken, Zinsen usw.), eine Betriebsertragssteuer die einen gewissen Mindestbetrag übersteigenden Gewinne geschäftlicher Unternehmungen erfassen.

5. Die Erbschaftsteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden. Sie soll auf Abkündigung und Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabefußes soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage der Erben berücksichtigt werden.

6. Eine besondere Abgabebestimmung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Befehle auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu erlassenden Steuererlasse zu einer wahrheitsgemäßen Einhaltung führen, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden.

Die Entwürfe zur 1. (Einziehung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt. Ihre Verwirklichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

Silke in der Nordsee.

Wilhelm Krebs in der „Hollsteinischen Wetter- und Sonnenscheibe“

Schnellen bei Hamburg schreibt dem „Vorwärts“: Eine merkwürdige Folge der seit Mitte Oktober 1918 den Eilanden Jütlands und die ihm benachbarten Meeresküste heimgewandten Vorkommnisse scheint für Mitteleuropa zum Segen ausfallen zu sollen. Es ist der noch nicht dagewesene Ueberreichtum an Wollseide, besonders an Dorfseide, Kaschmirseide und Heringsseide, der sich an der dänischen und südlichen Nordsee eingestellt hat. Die ersten dänischen Berichte führten diesen Reichtum auf die vorübergehende Stille zurück. Wenn durch diese Erklärung auch einer von mir seit 1913 mit besonderem Eifer auf die Möglichkeit der dänischen Fischerei zu verweisen war, habe ich mich doch gewarnt, hier zu widersprechen. Ich habe nun, wie in diesjährigen Oktober, fast nicht in jedem der letzten Jahre vorgekommen, ohne daß es außerordentlich reichhaltig sei, die große ungewöhnliche Menge und für diese Fische nicht nur die künftige Katastrophe Jütlands, die durch umfangreiche Verlandung des benachbarten Meeresgebietes unmittelbar in Anspruch nahm.

Dieses gehört zu den reichsten Gebieten des Weltmeeres. Seine ohnedies wandersüchtigen Bewohner wurden durch das Leben der Tiefe und wohl auch durch Verunreinigung, ja durch Vergiftung der Gewässer, nach anderen, ruhigeren und flauerem Meeresgebieten vertrieben. Diese Erklärung teilt ich bereits am 15. November dem Monater Lebensmittelliste mit. Sehr bald wurde ich da durch Gläubiger Verträge bestätigt, nach denen Dörfer in dichten Scharen bei Jütland leben. Reuebings wird von Gotenburg, an der schwedischen Küste des Skagerrak, von großen Reichtum an Dorfseide, Kaschmirseide und Heringsseide berichtet. Die Vorräte wurden dort heftigsterweise für 80-90 Tere, das Liter demnach etwa für 1 Pfennig, versteigert.

Als Ursache des ungeahnten Segens wurde jetzt der Anhang angegeben, daß während des Krieges der Nordseefisch lang davorliegend habe. Doch ist dies keineswegs vollständig genug der Fall gewesen. In der Nordsee ist selbst weitergegangen worden. Das plötzliche Auftreten des Fischreichtums seit Oktober 1918 deutet vielmehr auf ein ungewöhnliches, die Fischfauna jener Meere in Mitteleuropa zählendes Ereignis, als welches sich die Ausbruchskatastrophe Jütlands im Oktober 1918, wie erwähnt, von selbst darbietet.

Es wurde von mir auf die ungemein große Wichtigkeit hingewiesen die jener Meeressegen für die so schwer darniederliegende Lebensmittelforschung Dänemarks gewinnen kann. Insbesondere habe ich Bezug genommen auf die durch die Verbringung der deutschen Seeweide freigegebenen Fischdampfer. Sie sollten schnellstens ihrem eigentlichen Zwecke zur Verfügung gegeben werden. Diese Maßnahme scheint nicht ungehörig verhalten zu sein. Nach einer Mitteilung des Reichsverbandes deutscher Fischhändler sollen in aller nächster Zeit von der Untersee und der Unterseefer aus 80 bis 90 Dampfer zum Fischfang auslaufen.

Wer ist Schuld am Zusammenbruch?

Diese Frage beantwortete der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Walter Rathenau-Berlin, einem englischen Zeitungsmanne wie folgt:

„Deutschland ist für Generationen ruiniert. Sein Unglück ist das größte, das seit 2000 Jahren je ein Land getroffen hat. Wir sind politisch, industriell, wirtschaftlich ruiniert. Das Volk kennt die ganze Wahrheit noch nicht. Ich warnte Ludendorff schon im Juli 1917, er müsse Paris, London und New York einnehmen, um den Krieg zu gewinnen. Er gab das zu, ohne die Folgerungen daraus zu ziehen. Die einzige Schuld des Volkes ist, daß es glaubte, was man ihm sagte. Am fehlte die politische Intuition. Jetzt stehen wir vor dem industriellen Ruin. Infolge der großen Gebietsverluste und der tiefen Kriegsschuldigungen wird eine Umwandlung in großem Maße eintreten. Der Krieg ist infolge der hochgradigen Imperialismus und des wirtschaftlichen Wettbewerbs unermittlich gewesen.“

Wer hat das Volk länger als vier Jahre über diese furchtbaren Wahrheiten getäuscht? Die Bürgerliche und die Arbeiterische Presse! Wer hat den Imperialismus gehegt und verteidigt? Ebenfalls diese Presse und die bürgerlichen Parteien. Wo sah die Kriegsverlängernde Leibgarde des eroberungstollen Generals Ludendorff? Im Lager der Alldutschen, der Konservativen, der Schwerindustriellen und der Kriegsgewinnler. Volk, beachte das nie!

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung, gez. Roeth, hat unterm 23. November 1918 nachstehende Anordnung erlassen: Auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Erhaltung des Reichsammtes für die wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungsamt) vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1304) ergeht hiermit folgende Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter:

1. Die Regelung umfaßt die gewerblichen Arbeiter in allen gewerblichen Betrieben einschließlich des Bergbaues, in den Betrieben des Reiches, des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände, auch wenn sie nicht zur Gewinnerzielung betrieben werden, sowie in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben gewerblicher Art.

2. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen darf die Dauer von acht Stunden nicht übersteigen. Wenn in Ausführung hiervon durch Vereinbarung eine Verlängerung der Arbeitszeit auf Vorabenden der Sonn- und Feiertage herbeigeführt wird, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werkstage verteilt werden.

3. Für die in Verkehrsgewerben einschließlich der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung erforderlichen, durch die Verhältnisse bedingten, allgemeinen Ausnahmen von vorstehenden Vorschriften sind alsbald Vereinbarungen zwischen Betriebsleitungen und den Arbeitnehmerverbänden zu treffen. Sollten die Vereinbarungen nicht innerhalb zweier Wochen zustandekommen, bleiben weitere Anordnungen vorbehalten.

4. In Betrieben, deren Natur eine Unterbrechung nicht gestattet oder bei denen eine ununterbrochene Sonntagsarbeit zur Zeit im öffentlichen Interesse nötig ist, dürfen zur Herbeiführung eines regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsels männliche Arbeiter über 16 Jahre innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen einmal zu einer Arbeit von höchstens sechs Stunden Dauer einschließlich der Pausen herangezogen werden, sofern ihnen in diesen drei Wochen zweimal eine ununterbrochene Ruhezeit von je 24 Stunden gewährt wird.

5. Abweichend von den allgemein gültigen Vorschriften der Gewerbeordnung dürfen Arbeiterinnen über 16 Jahre in zwei- oder mehrschichtigen Betrieben bis 10 Uhr abends beschäftigt werden, wenn ihnen nach Beendigung der Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 10 Stunden gewährt wird. In diesen Fällen kann an Stelle der einstündigen Mittagspause eine halbtägige Pause treten, die auf die Dauer der Arbeitszeit einzurednen ist.

6. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf vorübergehende Arbeiten, welche in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen.

7. In Betrieben, deren Natur eine Unterbrechung nicht gestattet, oder deren unbeschränkte Aufrechterhaltung im öffentlichen Interesse nötig ist, kann eine von den vorstehenden Bestimmungen abweichende Regelung durch die zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten, bei bergbaulichen Betrieben durch den Bergverwalter, in besonderen Fällen, wenn die erforderliche Zahl geeigneter Arbeiter nicht zur Verfügung steht, durch den Antrag des Arbeitgebers und, soweit nicht Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden getroffen sind, die Zustimmungserklärung des Arbeiterrates oder, wenn ein solcher nicht besteht, der Arbeiterversammlung des Betriebes notwendig werden. Die besagten Betriebe weigende Vereinbarungen über Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter durch Verträge der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände getroffen. So sind die Arbeitgeber- und Bergverwalter dem Befehl, einzureichen, bei Verträgen weitere Ausnahmen von den Beschränkungen zu erklären und zu genehmigen. Die genannten Beamten haben nach Prüfung der Genehmigungsanträge zu entscheiden, wobei dem zuständigen Demobilisierungsamt mitzuteilen. Dieser ist befugt, die genannten Beamten zum Widerruf ihrer Genehmigung zu veranlassen.

8. Beginn und Ende der Arbeitszeiten und Pausen sind, sofern keine tarifliche Regelung erfolgt, vom Arbeitgeber im Einverständnis mit dem Arbeiterrat oder, wenn ein solcher nicht besteht, mit der Arbeitervereinschaft des Betriebes entsprechend den vorstehenden Bestimmungen festzusetzen und durch Auslassung in den Betrieben zu veröffentlichen.

9. Die Aufsicht über die Einhaltung der vorstehenden Bestimmungen wird den Gewerbeaufsichts- bzw. Bergverwalterbeamten übertragen. In diesen Zwecken sind die mit den Arbeiterräten und in Betrieben des Bergbaues mit dem Bergverwalter oder mit beiden Teilen allein zu verhandeln und zu diesem Zwecke die Arbeitervereinschaft einzuschalten.

10. Mit Erlass vom 22. Oktober 1918 im Bundesgesetzblatt Nr. 293 ist bis zum 30. November 1918 die Anwendung der Bestimmungen über die Arbeitszeiten in den vorstehenden Bestimmungen auf die Arbeiterinnen in der Industrie, in der Bergbauindustrie und in der Metallindustrie bis zum 30. November 1918. Diese Bestimmungen sind bis zum 30. November 1918 in Kraft zu setzen.

11. Im übrigen finden die in Reichs- und Landesgesetzen und die auf Grund dieser Gesetze erlassenen Vorschriften im übrigen Umfang ihre Anwendung, als sie nicht den vorstehenden Bestimmungen zuwiderlaufen.

12. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Preiserhöhung für Braunkohle.

Das Rheinische Braunkohlen-Einkaufsbüro hat am 1. Januar 1919 die Preise abermals um 250 Mk. pro Tonne erhöht. Damit beträgt die ab 1. Dezember 1918 vorgenommene Preiserhöhung 6 Mk. pro Tonne einschließlich der darauf entrichtenden Steuern und Umlagen. Diese Preiserhöhung wird mit den erhöhten Materialpreisen und den gestiegenen Ausgaben begründet, die durch den Wegfall der Lieferungen zu niedrigeren Preisen nach dem Auslande (Schweden, Holland) entstanden sind. Die Preiserhöhungen sind eine Kette ohne Ende. Wenn die letzten erhöht werden, verkennt sich ganz automatisch auch nach und nach alles andere, so daß letzten Endes die Arbeiter die Preiserhöhungen mittragen müssen in Form von noch höheren Preisen für Lebensmittel, Verbrauchsgüter usw.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Aufbruch der Reichsregierung an das deutsche Volk.

Die neue deutsche Reichsregierung wendet sich mit folgendem Aufbruch an das deutsche Volk:

Arbeiter! Bürger! Soldaten! Die Regierungsräte hat die Lösung gefunden, die das deutsche Volk erwartet hat: die Unabhängigen sind ausgeschlossen. Die Reichsregierung wird, aus den Reihen der Mehrheitsparteien ergänzt und von inneren Gemüthen frei, an die Lösung ihrer großen Aufgaben gehen, die Wahlen zur Nationalversammlung, um den Frieden vorzubereiten und bis dahin die Aufrechterhaltung einer freihandelsrechtlichen Ordnung sicher zu stellen.

Die Vertreter der Unabhängigen sind ausgeschlossen, weil der Zentralrat der deutschen sozialdemokratischen Republik gegen sie entschieden hat. Der Zentralrat hat erklärt, die Volksbeauftragten Ebert, Landsberg und Scheidemann haben lediglich den Auftrag erteilt, das Rätegesetz zur Befreiung des Volkes zu veranlassen. Das ist aber auch erst dann geschehen, nachdem den drei Volksbeauftragten vom Führer der Volkmarinewirtschaft telephonisch mitgeteilt worden ist, daß er für das Leben des Volkes nicht mehr garantieren könne. Das bittet der Volksgenossenschaft. Nach diesem Schiedsspruch von der höchsten Instanz sämtlicher V. u. S. Räte Deutschlands sind die Unabhängigen aus der Regierung geschieden. Sie haben sie in einem Augenblick verlassen, wo alles in Frage gestellt ist, Waffenstillstand, Frieden, Ernährung, Bestand des Reiches, wo zum ersten Male vom französischen Bevollmächtigten General Foch, die ungewöhnliche Forderung vorliegt: Mit einer bolschewistischen Regierung verhandeln wir nicht.

Obwohl viele Stunden lang die Berechtigung der Notwehr erwiesen wurde, in der Ebert, Landsberg und Scheidemann gehandelt haben und diese vom Zentralrat anerkannt wurde, haben die Unabhängigen ihren Austritt mit der angeblichen Schuld der sozialdemokratischen Volksbeauftragten begründet.

Auf die Frage des Zentralrates, ob die Volksbeauftragten bereit seien, die öffentliche Ordnung und Sicherheit, insbesondere auch privates und öffentliches Eigentum gegen gewalttätige Eingriffe zu schützen und mit denen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich, von welcher Seite, zu gewährleisten, auf diese Frage haben die Unabhängigen geschwiegen. Vor der Beantwortung dieser Lebensfrage des deutschen Volkes haben sie sich gebückt. Damit haben sie bewiesen, daß sie die erste Pflicht jeder Regierung nicht erfüllen wollen, die Sicherheit innerhalb des Staates zu gewährleisten. Indem die Unabhängigen die Mittel zur staatlichen Sicherheit ablehnten, haben sie sich als unfähig erwiesen.

Für uns ist die Revolution keine Parteiparade, sondern das kostbarste Gut des ganzen schaffenden Volkes.

Wir übernehmen ihre Aufgaben als Beauftragte des Volkes mit dem Schwur: Alles für die Revolution, alles durch die Revolution! Aber auch mit der letzten Aussicht, jedem unerbittlich entgegenzutreten, der aus der Revolution des Volkes den Terror einer Minderheit machen will. Hunderttausende demonstrieren heute für die Regierung, um den Krampflosen Mißbrauchern der Straße zu beweisen, wo die Wahrheit steht. Auf ihrer Halbbarkeit beruht unser Auftrag und unser Amt. Die Massen sind unsere Rechtfertigung. Wir wollen! Gebt uns die Kraft zu der Riesenaufgabe.

Arbeiter! Bürger! Soldaten! Mit einer Demonstration allein ist es nicht getan. Habt einen Willen und zeigt einen Willen, dann ist der

Aufbruch der Unabhängigen weiter nichts als die langgestrichelte Handlungs-freieit einer einseitig gebildeten Regierung.

Keine unerschütterlichen Parteiensinnigkeiten mehr, sondern einheitliche Arbeit in eurem Sinne, im republikanisch-sozialistisch-demokratischen Sinne. Hoch die deutsche Volksrepublik!

Aufbruch des Zentralrats an das deutsche Volk.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik erhebt folgenden Aufruf:

Arbeiter, Soldaten, Bürger und Bürgerinnen der deutschen sozialistischen Republik! In schwerster Stunde wenden wir uns an euch. Die von den Unabhängigen sozialdemokratischen Partei bestellten Volksbeauftragten haben die Regierung verlassen. Die Fortführung und Sicherstellung der deutschen Revolution liegt nunmehr allein in den Händen der alten sozialdemokratischen Partei.

Der Zentralrat hat die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg, die ihre Funktion zur Verfügung gestellt haben, aufs neue beauftragt und die Regierung durch die Einwahl der Genossen Nothke, Chemnitz, Löbe, Breslau und Wisfel-Weslin vervollständigt. Wie man auch zu den politischen Fragen der Gegenwart stehen mag: Es kann jetzt nur eine einzige Aufgabe geben, das ist die Schaffung einer arbeitsschaffenden Regierung. Dem Vertrauen des Volkes entgegen, muß die Regierung dem deutschen Volk vor allem Frieden und Brot bringen. Die Erhaltung des deutschen Volkes und der Einheit des deutschen Volkes sind unsere Hauptaufgaben.

Wir wollen alle Versuche bestehen, die von rechts unternommen werden könnten, eine Gegenrevolution zu organisieren. Wir müssen aber auch darauf achten, daß die Revolution nicht in Verfall gerät, nicht durch das Treiben der Spartakusgruppe, die nach bolschewistischen Methoden einen Terrorismus ausüben möchte, der mit Demokratie unvereinbar ist. Wer hiermit nicht mitarbeitet, der verhindert die Ausführung der Befehle des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, der beherrscht die Sozialisierung der deutschen Wirtschaft und treibt das deutsche Volk in den Abgrund. Vor dieser Katastrophe, die die Zukunft des deutschen Volkes auf Generationen hinaus verurteilt würde, muß das deutsche Volk bewacht werden.

Der Zentralrat wird für die Erfüllung aller dieser Aufgaben seine ganze Kraft einbringen. Vorbereitung hierzu ist aber: unbedingte Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, die Verhinderung gewalttätiger Eingriffe in das private und öffentliche Eigentum, die Aufrechterhaltung einer geregelten Produktion, die durch die Unterbindung der Lieferungen aufs schwerste gefährdet ist. Ohne Arbeit ist das deutsche Volk ruiniert. Niemand darf sich heute der Arbeit entgegenstellen. Die notwendigen Maßnahmen sind dem Zentralrat zur Verfügung zu stellen. Alles für das Volk und alles durch das Volk!

Deutsche Arbeiter und Frauen, halt alle die ungewohnten Gefahren an! Überwindet die Schwierigkeiten! Es ist die Stunde gekommen, in der das deutsche Volk seine Rechte beweisen muß, es nicht zugrunde gehen wird! Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik. Robert Lunow, Carl Tschelich.

Internationale Bewegung. Wohlen in England.

Die Unterhauswahlen in England haben diesmal in England nach einem neuen sehr erregten Wahlkampf, wonach zum ersten Male nach dem ersten Weltkrieg die Arbeiterschaft die Mehrheit der Unterhausmitglieder gewann. Diese Mehrheit ist die größte, die jemals in England erzielt wurde. Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren. Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren.

Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren. Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren. Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren.

Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren. Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren. Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren.

Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren. Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren. Die Arbeitervereinschaften sind nunmehr in der Lage, die Regierung zu kontrollieren.

Wie die Kasse rollen.

Nach der sozialdemokratischen Presse hat der unabhängige sozialdemokratische Abgeordnete Oscar Cohn zugegeben, daß er von der russischen Volkswirtschaftlerregierung 4 Millionen Rubel für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erhalten hat. Außerdem sind danach von derselben Regierung noch weitere 2 1/2 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt worden. Der Chef der bolschewistischen Propaganda, Kadek-Sobelljow, dessen Namen der kommunistische Vöbel nur mit Abscheu nennt, ist auf Schicksalwegen nach Berlin gelangt, um seine Beziehungen zu den Sozialisten zu erklären. Das bolschewistische Treiben der Spartakisten wird also dem russischen Golde unterworfen. Es wird beabsichtigt, den Krieg gegen die Weltmächte gemeinsam mit England fortzusetzen, der sich dann naturgemäß auf deutschem Boden abspielen würde. Wir sollen also für das bolschewistische Unglück auf diese Weise Selbstmord üben. Das können wir danken es. Die Arbeiter wissen nun aber wenigstens, wenn sie Gefolgswort leisten, wenn sie sich von den Spartakisten zu wilden Streiks treiben lassen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund. Heinrich Kraushaar †.

Am 29. Dezember ist unser Kamerad Heinrich Kraushaar aus Sterkrade bei einem Automobilunfall zu Tode gekommen. Er hatte mit dem Oberbergamtsbeamten Dr. Wolf aus Sterkrade eine Dienstreife nach Münster unternommen. Das Auto verunglückte unterwegs. Kraushaar, der neben dem Chauffeur Platz genommen hatte, wurde herausgeschleudert und erlitt einen Gehirnehrbruch, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Mit Kraushaar ist ein unerwählter Kämpfer für die Arbeiter Sache ins Grab gesunken. Er wurde am 19. April 1883 in Siele geboren, ist also nicht einmal 35 Jahre alt geworden. Schon vor dem großen Bergarbeiterstreik von 1905 war er zum Bezirksvereinsamtsmann für den Bezirk Essen-Ost gewählt worden. Nach dem Streik wurde er, wie die meisten Kameraden, die an führender Stelle gestanden hatten, gemarginalisiert. Erst nach Jahren konnte er zur Bergarbeit zurückkehren. Am 31. Januar 1909 trat er wieder in unsern Verband bei. Viele Jahre war er Vertrauensmann der Jahressche Arbeiter II. Über den Berg hinaus betätigte er sich mit Eifer und Geschick im Dienste der Arbeiterbewegung. Bei Freund und Gegner war er wegen seiner Unstetigkeit und Launenhaftigkeit. Der Oberbergamtsbeamte Dr. Wolf widmete ihm einen anerkennenden Nachruf, worin es u. a. heißt: „Tief erfüllt fühlte ich an der Waise dieses Mannes von hervorragenden Eigenschaften des Geistes und des Willens. Dankbar gedenke ich seiner unermüdeten Mitarbeit in zahllosen städtischen Kommissionen und seiner sonstigen Tätigkeit für das Allgemeinwohl, die immer unversehrt geblieben sind.“ Dieser Nachruf wird Heinrich Kraushaar durchaus gerecht. In unserer Erinnerung wird er fortleben als ein Kämpfer für die Arbeiter Sache, der stets das Beste gewollt und dafür sein Bestes eingesetzt hat.

Gegen unerfüllbare Lohnforderungen.

Waren angeht der langen Dauer des Krieges und der damit notwendige verbundenen Verteuerung aller Lebensverhältnisse die Löhne der Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr nicht ohne Grund erheblich gestiegen, so haben sie in neuerer Zeit auf Drängen der Arbeiter vielerorts eine

Sche erreicht, deren weitere Steigerung nicht mehr mit der herrschenden

Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach

Berlin, den 2. Januar 1919.

Die preussische Regierung:

Hirsch, Ströbel, Braun, Ernst, Adolf Hoffmann, Hofensfeld.

Vertrauensmännerkundgebung im Bezirk Hamm.

Eine Bezirkskonferenz der Vertrauensleute unseres Ver-

Die Konferenz steht einmütig zu ihrer beruflichen Interessenvertretung

Die Bezirkskonferenz fordert aber auch dringend, daß die Gegen-

Unter dieser Ueberschrift berichtet das „Sauptblatt der Unabhängigen

Arbeiten im Ruhrrevier.

Unter dieser Ueberschrift berichtet das „Sauptblatt der Unabhängigen

So also ist in Hamborn gefaßt worden. Auch andernwärts ist

Wahrung an die Bergleute.

Durch die Presse geht folgende Mahnung an die Bergleute:

Frankfurt a. M.: Kranenhaus' rühmliche durch Kohlenmangel

Wartstraße: Stadt nur noch für wenige Tage mit Kohlen versorgt.

Wartstraße: Stadt nur noch für wenige Tage mit Kohlen versorgt.

Wartstraße: Stadt nur noch für wenige Tage mit Kohlen versorgt.

schimmer! Bergleute, hört die letzte Warnung! Durch

Diese Mahnung kann natürlich nur den Bergleuten gelten, welche

Verständigung auf Deutscher Kaiser, Lohberg und Rhein 1.

Am Samstag, den 28. Dezember, fanden in Wülheim (Ruhr) die

Wir, die Gewerkschaften Deutscher Kaiser, Lohberg und Rhein 1,

Durch die wilden Streiks ist demnach nichts erreicht worden.

Belegschaftsversammlung von Engelsburg.

Am 15. Dezember fand eine Belegschaftsversammlung der Zeche

Die heutige Belegschaftsversammlung der Zeche Engelsburg

Wahlen auf Zeche der. Reihem.

Am 28. Dezember fanden auf Zeche der. Reihem die Ausschuß-

Einbruch evangelischer Arbeiter.

Das Blatt der evangelischen Arbeitervereine für Rheinland und

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Verständigung in Oberschlesien.

Die Verhandlungen, die am 1. Januar in Katowitz zwischen den

Hoffen wir, daß nun endlich Besonnenheit Platz greift. Es ist

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die

Betrifft Generalversammlung.

Der Generalversand hatte bereits im Oktober v. J. beschlossen,

eine große Zahl von Wahlen für die gesetzgebenden Kongresse, dann

Betrifft vom Militär zurückgelehrte.

Es werden jetzt von hier sehr viele Bücher für solche Kameraden

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedbücher bereit zu

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Altenessen I. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt

Boitrop II. Krankengeldauszahlung erfolgt jeden 2. und 4. Sonntag

Mari. Krankengeld wird nur an jedem 1. und 3. Sonntag im

Wülfen-St. Nicola. Die Auszahlung der Krankenunterstützung

Oberhausen III. Krankengeld wird jeden 2. und 4. Sonntag im

Schönebeck. Krankenunterstützung wird jeden 3. Sonntag im

Überseveränderungen.

Eigen. Als 1. Vertrauensmann fungiert ab 1. Januar der

Greiffswald. Ab 1. Januar führt die Geschäfte des Kassierers

Gelsenkirchen IX. Als Vertrauensmann fungiert der Kamerad

Werklinde. Als Vertrauensmann fungiert der Kamerad Wilhelm

Wülfen-St. Jacob. Die Geschäfte des Vertrauensmannes führt

Sangerhausen. Als Vertrauensmann fungiert der Kamerad Otto

Somborn. Als Kassierer fungiert jetzt der Kamerad Karl Schme-

Sterbetafel

Im Dezember 1918 sind folgende Mitglieder gestorben:

- Felix Wajch, Hohenlunde. Carl Kowalski, Neudorf. Friedrich Hoffmann, Steele. Georg Schöpfer, Marienstein. Seb. Wray, Marienstein. August Wajch, Lohberg. Peter Eisenbeis, Neudorf. Johann Koffel, Neudorf. Frz. Konoschek, Eschleingrube. Heinrich Häppler, Neu-Salbrunn. August Tegeier, Wattenstein. Wilhelm Wafak, Gelsenkirchen. Anton Koch, Fröhtray. August Haus, Eigen. Karl Keller, Kirchhörde. Heinrich Lappe, Brechtin. Paul Gebhardt, Gelbra. Paul Wierich, Gelbra. Wilhelm Widdelhaus, Herbede. Heinrich Stroh, Schönebeck. August Schneider, Boitrop II. Em. Jarosch, Eintrachtshütte. Heinrich Pfeiffer, Stadum. Otto Eise, Wülfenstein. Louis Gorbun, Gollershausen. Alfred Thomas, Eving II. Hermann Glawe, Eving. Peter Herth, Herberberg. Wilhelm Ludwig, Alt-Bislig. Franz Henkel, Schmidtshorf. Josef Olbrich, Neurobe. Wilhelm Helmholz, Aithenstedt. Friedrich Nordend, Behlen. Karl Boalreiter, Steinhilber. Paul Häbner, Hamborn III. Heinrich Budgeister, Bredeby. Friedrich Fuhrig, Schmidtshorf. Karl Bräder, Kruppal. Robert Kleinert, Idern. Wilhelm Wray, Gelsenkirchen II. Hermann Behrend, Stahfurt. Albert Dohm, Unterlohsberg. Albert Osborn, Dortmund IX. Wilhelm Wiedebach, Zelt. Heinrich Kune, Krosse. Karl Lentel, Stahfurt. Ernst Räfemeier, Stadthagen. Peter Gornial, Meerbeck. Emil Koad, Bodwitz. Friedrich Kants, Wülmerich. Heinrich Knappharte, Hamm-Nord. Gustav Schuppman, Marien. Emil Brode, Bickhagen. Max Heimerath, Oberplanitz. Josef Huber, Hantscham. Heinrich Dietrich, Stadthagen II. Karl Gehold, Bitterfeld. Johann Kall, Oberplanitz. Hermann Gampert, Wintersdorf. Robert Heil, Borna. Paul Burt, Dahlen-Wehlig. Ernst Kalobitz, Dortmund I. Ernst Männinger, Arian. Richard Rötger, Gelbra. Gottlieb Miesch, Arian. Karl Gloger, Aithenstedt. Friedrich Kramling, Egelin. Heinrich Ruffsch, Egelin. Karl Schöndorff, Gelsenkirchen. Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!